
Dokumentation

Kurt van Haaren:

Sichert die Post - Rettet das Fernmeldewesen*

Kolleginnen und Kollegen, wir verfolgen mit ernster Sorge, wie die Bundespost bei den Netzen, bei den Diensten und bei den Endgeräten immer mehr in den Strudel mächtiger Privatinteressen gerät. Immer harter wird der Streit um die Aufgabenstellung der Deutschen Bundespost im Bereich der Telekommunikation. Dies deshalb, weil Nachrichtentechnik, Computertechnik mit Daten- und Textverarbeitung und Bürokommunikation (Büromaschinen) zusammenwachsen.

Diese Entwicklung geht einher mit großen Gewinnerwartungen - es geht ums Geld, ums große Geld. Die Informations- und Kommunikationstechnologie ist eine der Wachstumsbranchen. Und wir registrieren aktuell, daß man diese technologische Entwicklung buchstäblich als Vehikel benutzt, um die Strukturen der Deutschen Bundespost - ja der Kommunikationsversorgung unseres Landes insgesamt - nachhaltig zu verändern.

Stets wird der Eindruck erweckt, die Deutsche Bundespost komme der Entwicklung nicht nach, sie verschlafe den Zug der Zeit, ja, sie behindere sogar den für unsere Volkswirtschaft dringend notwendigen technischen Fortschritt.

Da puscht die Computer- und Fernmeldeindustrie, weil sich angeblich nicht alles schnell genug übersetzt. Ich denke an das böse Wort des jüngst verstorbenen Industriellen Nixdorf - Originalton auf der Computerfachmesse CEBiT in Hannover -, der von den „Lahmärschen bei der Post“ sprach, die sowieso nicht nachkommen und deshalb müsse alles privatisiert werden. Es puscht das Handwerk, weil es sich von der Hausinstallation neue Betätigungsfelder verspricht. Es drückt weiter der Mittelstand, auch der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT), es puschen die Industrie- und Handelsverbände, es puscht die EG-Kommission mit ihren aufgelegten Esprit- und Race-Programmen zur Förderung der Informations- und Kommunikationstechnologie in Westeuropa. Die EG-Kommission in Brüssel hält die Informations- und Kommunikationstechnologie für so wichtig, daß sie sogar eine eigene Technologieabteilung mit dem Namen „Task force“ eingerichtet hat. So wird von Brüssel aus versucht, Industrie und Technologiepolitik, ja auch Ordnungspolitik gegenüber den nationalen Post- und Fernmeldeverwaltungen zu machen.

Um uns ein möglichst nüchternes Bild über die ordnungspolitische Entwicklung auf dem Gebiet der Telekommunikation in den wichtigsten westlichen

* Auszüge aus einem Referat, das der Vorsitzende der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) im Juni 1986 auf verschiedenen Bezirkstagen seiner Gewerkschaft gehalten hat.

Industrienationen zu verschaffen, will ich darauf hinweisen, daß mit Schlagworten wie „Liberalisierung“ und „Deregulierung“ geordnete Strukturen bereits zerschlagen wurden - so in Großbritannien, auch in den Niederlanden. Selbst in Frankreich zeichnet sich nach dem Regierungswechsel eine Entstaatlichungspolitik auch im Post- und Fernmeldewesen durch die Regierung Chirac ab.

In England wurde British Telecom tiefgreifend privatisiert. Der Aufbau privater, konkurrierender Netze wird dort ausdrücklich zugelassen. Neue Dienste in den Netzen werden liberalisiert - eine vornehme Umschreibung dafür, daß Private ins Netz dürfen; die Netze für die Datenkommunikation privater Carrier-Dienste, also für private Service-Leistungen, benutzt werden. Und schließlich wird die Zulassungspraxis für neue Endgeräte geändert.

Das heißt: Nicht hohe technische Standards werden als Bedingung für den Anschluß eines Gerätes an das Netz vorgegeben, sondern die Norm der Schnittstellen zwischen Netz und Endgeräten wird abgesenkt, so daß quasi ein Zwang entsteht, jedes nur denkbare Gerät anzuschließen.

In den USA wurde der AT & T-Konzern, der monopolistisch für das Fernmeldewesen tätig war, zerschlagen. Man nennt dies dort Deregulation. Die Zerschlagung dieses Konzerns war verbunden mit dem Auf- und Ausbau konkurrierender Fernmeldenetze und konkurrierender Fernmeldesysteme. Die Folgen für den Bürger liegen klar auf der Hand: Der Kunde muß bei Ferngesprächen jetzt zuvor zwischen sechs Fernmeldegesellschaften wählen. Ein Zuständigkeitschaos ist entstanden, so daß niemand mehr weiß, bei wem man Geräte anmeldet und wer sie entstört, von wem man eine Fernsprechnung erhält - ein unvorstellbares Durcheinander. Es gibt keinen Service aus einer Hand, kein geschlossenes Marketing. Die Ferngespräche wurden zwar deutlich billiger, doch dafür die Ortsgespräche wesentlich teurer, so daß viele Bürger - laut Auskunft unserer Brudergewerkschaft CWA acht Millionen - ihre Anschlüsse abgemeldet haben. Von einheitlicher Kommunikationsversorgung, von gleichem Zugang zu den Kommunikationsdiensten kann keine Rede sein. Im Gegenteil, es gibt Kommunikations-Privilegierte und Kommunikations-Unterprivilegierte. Der Kampf der Telekommunikationsmultis und der Computermultis um Vorherrschaft und Marktmacht bestimmt die Szene.

Auch in Japan wird die Fernmeldeverwaltung „dereguliert“ und „liberalisiert“, sprich: Privaten überlassen. Nachdem Großbritannien und Japan nach amerikanischem Muster ordnungspolitisch gewendet wurden, folgt nunmehr offensichtlich der Schlag auf Kontinental-, auf Westeuropa.

In den Niederlanden wird nach Vorarbeit der sogenannten Steenbergen-Kommission das Postwesen vom Fernmeldewesen getrennt, die Postbankdienste werden völlig aus dem Verbund und der Kompetenz der niederländischen Postverwaltung herausgelöst. Und das Fernmeldewesen wird in Form eines Tochterunternehmens organisiert. In Norwegen, Dänemark, Belgien und Frankreich werden Entstaatlichungstendenzen überdeutlich.

Angesichts dieser Entwicklung in den westlichen Industrieländern stellt sich hart und konkret die Frage: Welche Fernmeldepolitik betreibt die Bundesregierung unseres Landes?

Kolleginnen und Kollegen, ich halte es für keinen Zufall, eher wohl für eine bestellte Arbeit des FDP-Bundeswirtschaftsministers Bangemann sowie des Wirtschaftsflügels der CDU/CSU, daß der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage der Bundesrepublik, also die „fünf Weisen“, in ihrem Herbst-Gutachten 1985 sich ausführlich mit der Informations- und Kommunikationsentwicklung und der Fernmeldepolitik der Deutschen Bundespost beschäftigt haben. Da wird reihenweise Wettbewerbs-Ideologie betrieben. Da wird über viele Seiten der Wettbewerb als Glücksbringer und Motor, als Entdecker neuer Märkte hochstilisiert, und zwar ganz gezielt in Fragen der Informationstechnologie mit Auswirkungen auf das Fernmeldewesen. Da wird die Forderung erhoben, in der Bundesrepublik sollten sogar private konkurrierende Netze aufgebaut werden. Der Sachverständigenrat scheut nicht einmal vor - meines Erachtens absichtlich falschen - Behauptungen zurück. Denn wer die schlampigen Recherchen zum Fernmeldewesen auf sich wirken läßt, der erkennt unschwer, daß hier nicht wissenschaftlich analysiert wurde, sondern Stimmung gegen die Bundespost gemacht wird.

Kolleginnen und Kollegen, laßt mich deshalb an dieser Stelle an die Adresse der Wettbewerbsideologen sagen: Wettbewerb ist *ein* Ordnungsmittel der Wirtschaft, aber keineswegs das allein seligmachende. Daneben bedarf es der staatlichen Gestaltungskraft, daneben tritt unsere Philosophie von Gemeinwohlverpflichtung und Daseinsvorsorge, von einem flächendeckenden öffentlichen Dienst, von Gebührengleichheit im Raum und gleichmäßiger Versorgung aller Bürger mit Kommunikationsdienstleistungen. Und zudem bedarf es der staatlichen Gestaltungskraft, um das Fernmeldegeheimnis, um Vertraulichkeit der Nachrichtenübermittlung, um Datenschutz und Datensicherheit für Bürger und Wirtschaft zu garantieren.

Ich kann keinen Sinn darin erblicken, an die Stelle nationaler Fernmeldeverantwortung und nationaler Fernmeldehoheit weltweit agierende Oligopole und an die Stelle eines öffentlichen Fernmeldewesens die Herrschaft privater Computer- und Telekommunikationsmultis zu setzen. Faßt man dieses Szenario zusammen, Kolleginnen und Kollegen, so sind mehr als ernste Zweifel angebracht, ob die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien der Entstaatlichungs-Ideologie nicht folgen werden und sich statt dessen für geordnete Strukturen, *für* eine einheitliche starke Bundespost, also für das Post- und Fernmeldewesen einsetzen.

Unsere Zweifel daran sind begründet. So hat die Bundesregierung der internationalen ordnungspolitischen Wende schon insoweit nachgegeben, als sie eine Regierungskommission zum Fernmeldewesen eingesetzt hat, die über Sinn und Zweck neuer Strukturen für die Kommunikationsversorgung unseres Landes nachdenken soll. In dieser Fernmeldekommission sind wir, die Ar-

beitnehmer und Verbraucher, heillos in der Minderheit. Schon nach den ersten Sitzungen dieser Regierungskommission wissen wir, wohin nach Meinung einiger sehr potenter Kommissionsmitglieder die Reise gehen soll: Sie wollen eine andere Bundespost - sie wollen weniger öffentliches Fernmeldewesen. Und wer und was da alles auf die Fernmeldekommission und deren Beratungsergebnisse einwirkt, ist nicht von Pappe: So haben der DIHT und die großen Wirtschaftsverbände eine völlige Trennung von Post- und Fernmeldewesen propagiert; sie wollen eine absolute Unterordnung des Fernmeldewesens unter ihre Wirtschaftsinteressen.

Kolleginnen und Kollegen, wir wären fahrlässig oder naiv, würden wir derartige Stellungnahmen nicht als ernste Alarmsignale registrieren. Dies um so mehr, als führende Regierungspolitiker keine Gelegenheit auslassen, die jetzige ordnungspolitische Verfassung der Bundespost anzugreifen. Ich verweise auf die Rede des Bundeswirtschaftsministers zur Hannover-Messe im März, wo Bangemann erklärte: „Im Bereich des Fernmeldewesens gibt es unausgeschöpfte Möglichkeiten, privater Initiative mehr Raum zu geben.“ Und weiter führte er aus: „Ich kann nicht erkennen, weshalb bei neuen Fernmeldedienstleistungen immer die Hilfe der Post bis zum Endgerätemarkt erforderlich sein soll.“ Und unter Verweis auf die Zustände in den USA erklärte Bangemann dann, daß er sich in seiner postalischen Freiheit in der Bundesrepublik Deutschland eingeschränkt fühle. Eingeschränkt von der Post? Kolleginnen und Kollegen, man fragt sich, ob der Wirtschaftsliberale Bangemann und seine FDP nicht vielmehr eingeschränkt sind vom großen Geld? Was da aus dem Regierungslager gegen die Deutsche Bundespost tönt, das ist schon starker Tobak!

Auf der gleichen Messe erklärte kein geringerer als der niedersächsische CDU-Fraktionsvorsitzende Werner Remmers, die Bundespost müsse in einen auf das wirklich Notwendige beschränkten Hoheitsbereich und in einen dem Wettbewerb ausgesetzten Unternehmensbereich aufgespalten werden, wenn sie nicht ersticken solle. Ich beziehe mich mit diesem Zitat auf eine Veröffentlichung des Handelsblattes vom 11. März 1986. Zugleich hat Remmers die Ausbaustrategie der Bundespost bei der Digitalisierung der bestehenden Netze und hinsichtlich des ISDN (Integrated Services Digital Network = alle Dienste integrierendes digitales Fernmeldenetz) gelobt. Da müsse die Post schon jetzt Druck machen, um Innovation am Endgerätemarkt anzuregen.

Kolleginnen und Kollegen, aus den Äußerungen dieser Politiker wird deutlich: Sie wollen die Bundespost von lukrativen Teilen des Fernmeldewesens fernhalten. Noch eines zeigt sich: Die Deutsche Bundespost soll hohe öffentliche Vorleistungen insbesondere bei den Netzen erbringen, um dann privatwirtschaftlichen Verwertungsinteressen umfassend zum Durchbruch zu verhelfen. Ganz deutlich wird diese Forderung von Firmen der Datenkommunikation erhoben. Sie begrüßen, ja sie fordern förmlich von der Post Investitionen zur Digitalisierung des herkömmlichen Netzes und den Aufbau eines Dienste integrierenden Telekommunikationsnetzes. Aber sie wollen die Bun-

despost von neuen Diensten und neuen Endgeräten abdrängen. Die Vermarktung der neuen Netze reklamieren sie für sich. Daß dabei die Frage, wie die Bundespost jemals die teuren Vorleistungen in die Infrastruktur refinanzieren soll, ungeklärt bleibt, stört diese Kreise herzlich wenig.

Ganz klar wird diese Art von Politik bei einem sehr wichtigen Teilproblem der ordnungspolitischen Diskussion - bei den Gebühren für Mietleistungen. So etwa wollen Firmen der EDV-Branche und Anwender von Datenkommunikation von der Bundespost Leitungen, beziehungsweise Übertragungsnetze für ihren Datenverkehr anmieten - und damit meinen sie auch morgen Glasfaser- und Satellitenkanäle. Dagegen wäre an sich nichts einzuwenden, wenn sie dafür einen gleichen Preis zahlen würden wie jeder andere Postkunde auch. Doch sie wollen Mietleitungen zu Billigst-Gebühren. Sie wollen eine Tarifierung der Mietleitungen unabhängig von Zeit, Entfernung und Volumen. Zusätzlich verlangen sie nach US-amerikanischem Muster für sich das Recht, diese Mietleitungen völlig frei nutzen, also auch weitervermieten zu können.

Die Folgen liegen auf der Hand: Private könnten *erstens* auf solchen gemieteten Leitungen handfest Konkurrenzdienste zur Bundespost anbieten. *Zweitens* könnten sie dies auch noch billiger tun als die Bundespost, weil die üblichen Wählgebühren der Bundespost unterboten würden und *drittens wäre* Rosinenpickerei - auch in der Telekommunikation - gang und gäbe. Was UPS (United Parcel Service) im Paketdienst, wären private Carrier, private Dienstleistungsunternehmen, im Telekommunikationsnetz. Ich kann es auch anders ausdrücken: Diese Kräfte verlangen von der Bundespost riesig-teure Vorleistungen bei Netzen und wollen sie zugleich auf schlechte Risiken abdrängen, um selbst das große Geschäft zu machen.

Kolleginnen und Kollegen, laßt mich an dieser Stelle auf die ernstesten Risiken für das Postwesen eingehen, die in der ordnungspolitischen Auseinandersetzung um das Fernmeldewesen begründet liegen. Um einer stürmischen technischen Entwicklung freie Bahn zu schaffen und die Investitionsströme der Deutschen Bundespost für private Verwertungsinteressen zu steigern, predigen die von mir benannten Kreise die Trennung von Post- und Fernmeldewesen. Doch wer eine solche Trennung von Post- und Fernmeldewesen fordert, wer sogar die Abspaltung der Gelddienste vom Postwesen verlangt, der greift die verfassungsrechtlichen Grundlagen einer einheitlichen Kommunikationsversorgung durch die Deutsche Bundespost an, der will sich über gesetzliche Regelungen der Deutschen Bundespost hinwegsetzen, der redet zugleich einer Schrumpfpост das Wort, statt darüber nachzudenken, welche Verbundvorteile Post- und Fernmeldedienste bieten.

Und da diese Kreise darüber hinaus ein Ende der Mischkalkulation zwischen Post- und Fernmeldewesen fordern, greifen sie absichtlich in die Existenzgrundlage einzelner defizitärer Dienste - wie des Paketdienstes oder des Zeitungsdienstes - ein. Daß der Paketdienst nur deshalb kostenunterdeckend arbeitet, weil man den gesetzlichen Schutz vor Schmutz-Konkurrenz verwei-

gert, verschweigt man ebenso wie die politischen und gemeinwirtschaftlichen Lasten in Milliardenhöhe, die das Postwesen zu verkraften hat.

Wenn man schon nicht bereit ist, der Bundespost Schutz vor Wettbewerbsverzerrungen durch einen gesetzlichen Beförderungsvorbehalt zu gewähren, dann ist es mehr als recht und billig, daß politische und betriebsfremde Lasten auch haushaltspolitisch anerkannt werden. Dann muß es eine Verrechnung geben! Und außerdem ist es wohl nicht unbillig, die Vorhaltung der flächendeckenden Infrastruktur im Postwesen wie im Fernmeldewesen, also die Erfüllung gemeinwirtschaftlicher Aufgaben, kalkulatorisch bei der Ablieferung an den Bund zu berücksichtigen. Schließlich: Wer dem Postwesen ein Mindestmaß an Schutz vor unlauterem Wettbewerb verwehrt, der muß doch mindestens ein Globaldeckungsprinzip, also einen Kostenausgleich zwischen guten und schlechten Risiken akzeptieren.

Deshalb will ich an die Adresse der Bangemänner sagen: Es geht nicht an, schwere Wettbewerbsverzerrungen zu tolerieren, Defizite anzuprangern und Kostenausgleiche in Form einer Mischkalkulation zu diffamieren. Es ist ein Kreuz - und gehört wohl zu den Unarten eines politischen Wechsels auch bei der Bundespost -, daß die Leistung des politischen Vorgängers herabgesetzt wird, um sich selbst alsbald seligsprechen zu lassen.

Daß Dr. Schwarz-Schilling den Eindruck erwecken ließ, wir seien postalisch Neandertaler und fernmeldetechnisch ein Entwicklungsland, blieb nicht ohne Folgen. Wer die Gutachten von Knight-Wendung und Mummert & Partner wahllos streut und den Eindruck erwecken läßt, das Postwesen sei ein maroder Laden und obendrein seien 60 000 bis 70 000 Mann zuviel an Deck, wer also den Eindruck erwecken läßt, Ingenieure, Verwaltungsexperten und wir alle seien unfähig, die Bundespost verantwortlich zu führen, der entzieht mit derartigen öffentlichen Kampagnen auch den Boden für eine faire und vor allem sachgerechte Bewertung der Bundespost. Jeder kann sich vorstellen, daß Entstaatlichungslobbyisten nur zu gern solche von der politischen Spitze der Bundespost selbst initiierten, unlauteren und unwahren Darstellungen gierig aufgreifen und für sich und ihre Interessen politisch nutzen.

Eine neuerliche Variante ist, daß Teile der Telekommunikationsanwender nicht mehr nur über die Trennung von Post- und Fernmeldewesen spekulieren, sondern in subtiler Weise fordern, daß eine wettbewerbsverzerrende Mischkalkulation zwischen Monopol- und Wettbewerbsbereichen endlich beendet werden müsse. Dies heißt nichts anderes, als daß der Telefondienst nicht mehr zur Finanzierung etwa des Telegrammdienstes oder der Briefdienst nicht mehr zur Mitfinanzierung des aus politischen Gründen hoch defizitären Zeitungsdienstes herangezogen werden dürften. Die Folgen für verschiedene Fernmeldedienste, auch für zahlreiche Postdienste, kann sich jeder ausmalen - und den einsetzenden Rationalisierungs- und Leistungsdruck auch.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, laßt mich zusammenfassen. Alle, die die Bundespost von der Zukunft der Telekommunikation abdrängen wollen, treten sehr wohl für eine Modernisierung der Netze ein. Aber sie klammern sozial- und gesellschaftspolitische Fragen aus dieser Diskussion völlig aus beziehungsweise drängen sie in den Hintergrund. Datenschutz, Vertraulichkeit der Nachrichtenübermittlung, Brief- und Fernmeldegeheimnis, Rationalisierungsdimension, flächendeckende Versorgung und so weiter und sofort - solche Fragen spielen in deren Diskussion keinerlei Rolle. Wir wollen, daß gesellschaftliche und soziale Fragen Berücksichtigung finden. Wer dazu Nachholbedarf hat, dem empfehle ich die Rede des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker auf dem DGB-Bundeskongreß.**

Wir wollen politische und öffentliche Kontrolle, wir wollen eine Steuerung durch die Bundespost erhalten wissen. Wir haben als Deutsche Postgewerkschaft nie rein syndikalistisch eine Position bezogen, die da lautet: die Verkabelung, eine Vernetzung ist allein deshalb gut, weil die Bundespost dies macht. Was darüber hinaus an Problemen existiert, interessiert uns nicht. Eine solche Position hielten wir auch im DGB nicht durch, und sie würde darüber hinaus unseren gewerkschaftlichen Grundpositionen eindeutig widersprechen. Und es genügt nicht, daß die Bundespost in schön gemachten Broschüren auf Hochglanz allein die Faszination der technischen Entwicklung beschreibt, aber mit keinem Wort auf Bürgerängste, auf Arbeitnehmerprobleme, auf Rationalisierungsfragen eingeht. Ob so diese Entwicklung in einen Überwachungsstaat mündet oder politische Einwirkung und soziale Steuerung der Technologie in die Informationsgesellschaft führt, darauf muß die Bundespost eine Antwort geben. Und wo sich die Bundespost bislang nach vorn bewegt hat, zum Beispiel in puncto Datenschutz, da haben wir vorher kräftig schieben müssen. Und das werden wir bis hin zum Arbeitnehmerdatenschutz auch weiterhin tun.

Kolleginnen und Kollegen, um öffentlich und betrieblich glaubwürdig zu bleiben, hat unser Hauptvorstand im März den Entwurf eines Positionspapiers zum technologischen Wandel verabschiedet. Es tritt einer Dämonisierung der Informations- und Kommunikationstechnologie entgegen. Nicht die Technik an sich ist das Problem, sondern ihre politische Beherrschung und Anwendung, ja auch ihre Gestaltung. Nichts macht dies deutlicher als das Auslegen von Kabelfernsehtetzen: Nicht die Breitbandverkabelung ist das Problem — sondern ihre Nutzung. Deshalb betonen wir immer wieder, daß die Bundespost in puncto Versorgung mit Massenkommunikationsmitteln eine medienpolitisch dienende Funktion hat - Medienpolitik ist Ländersache -; wenn die Länder entscheiden, dann muß die Bundespost auch verkabeln. Genauso entschieden wenden wir uns aber dagegen, die Bundespost als strategisches Element einzusetzen, um Kommerzfunkern zum Durchbruch zu verhelfen.

** Richard von Weizsäcker, Bewährung der Solidarität — Zur Rolle der Gewerkschaften in Gesellschaft und Staat, Ansprache des Bundespräsidenten bei der Eröffnung des 13. Ordentlichen DGB-Bundeskongresses in Hamburg am 25. Mai 1986, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 6/86, S. 321-333.

Kolleginnen und Kollegen, angesichts der auf die Bundespost zukommenden Gefahren fragen die Postler und Fernmelder, fragen Bürger und DPG, wohin die post- und fernmeldepolitische Reise des Bundespostministers Dr. Schwarz-Schilling geht. Niemand macht auf der einen Seite politisch alles richtig und der andere alles falsch - einen solchen Zustand gibt es nur selten in der Politik. Aber es wird niemanden überraschen, wenn ich feststelle: Der Postminister reitet in der ordnungspolitischen Frage grundsätzlich auf der regierungsamtlichen Welle. Er tritt zuallererst für die Erbringung riesiger Vorleistungen der öffentlichen Bundespost für die private Wirtschaft ein. Auch bei den Kabelfernsehnetzen puscht er - im Kern keineswegs, um die Bundespost voranzubringen, sondern um finanzielle und technische Vorleistungen für Privatfernsehen zu realisieren, also um das öffentlich-rechtliche Mediensystem zu knacken. Auch beim ISDN puscht der Postminister; und dies durchaus mit unserer Zustimmung und Unterstützung, Kolleginnen und Kollegen, denn auch wir als Deutsche Postgewerkschaft treten für den Aufbau des ISDN und für die Modernisierung der Fernmeldeinfrastruktur ein. Doch wenn es um grundsätzliche ordnungspolitische, soziale und gesellschaftspolitische Fragen geht, trennen sich die Geister. Ich verweise auf die Auseinandersetzungen um Kooperationsmodelle, also auf die Förderung von Kabelkommerzfirmer. Wir haben auch die Auseinandersetzung um die 28. Änderungsverordnung nicht vergessen, mit der Schwarz-Schilling dafür gesorgt hat, daß die Bundespost sich aus der Hausinstallation total verabschiedet und mit der die direkten Rechtsbeziehungen zwischen dem einzelnen Fernsehkunden und der Bundespost beendet wurden. Dies kostet uns Arbeitsplätze. Kolleginnen und Kollegen, auch bei konkreten politischen Ansätzen zur sozialen Steuerung der informationstechnischen Entwicklung hält der „blackout“ der politisch Verantwortlichen im Ministerium seit Jahren an. Was die künftige Teilnahme der Bundespost am Endgerätemarkt und bei neuen ISDN-Diensten betrifft, so hält der Postminister sich unter Hinweis auf die schon erwähnte Regierungskommission Fernmeldewesen bemerkenswert zurück. Von der Hebammenfunktion der Bundespost bei neuen Diensten und Endgeräten ist zu hören, daß heißt: Die Bundespost als Hebamme soll helfen, daß die Geburt neuer Dienstleistungen und Endgeräte gelingt. Doch wie eine Hebamme nach gutem Geburtsverlauf soll sich die Bundespost nach erfolgreichem Start neuer Dienste und Endgeräte wieder zurückziehen und das Feld Privaten überlassen. Und deshalb fragen wir uns: Wo ist die eindeutige Erklärung des Postministers zur wichtigen Frage des Netzabschlusses beim ISDN.

Kolleginnen und Kollegen, wir haben nur beim einfachen Fernsprechhauptanschluß ein Gerätemonopol - und dies, weil dieser Fernsprechhauptanschluß den Netzanschluß bildet. Doch was passiert, wenn an die Stelle des einfachen Fernsprechhauptanschlusses ein multifunktionales Endgerät zur ersten Kommunikationsmöglichkeit am Netz wird?

[...]

Wir wissen nicht - oder wissen doch -, inwieweit Schwarz-Schilling bereit und in der Lage ist, sich politischem Druck zu widersetzen, Druck von seiten der FDP, Druck des Wirtschaftsflügels seiner eigenen Partei und von interessierten Kreisen der Wirtschaft. Eines muß ich allerdings ganz deutlich sagen: Wenn wir als Deutsche Postgewerkschaft nicht unsere Kraft in die Auseinandersetzungen einbringen, dann müssen wir befürchten, daß der Postminister dem Druck des großen Geldes nachgeben wird - vielleicht nachgeben muß.

So sieht bezeichnenderweise die Terminplanung der Regierungskommission Fernmeldewesen vor, mit ihren Empfehlungen erst nach dem 25. Januar 1987 - also nach der Bundestagswahl - herauszukommen. Es drängt sich förmlich der Verdacht auf, daß wir und die Öffentlichkeit bis nach den Wahlen hingehalten werden sollen, um dann möglicherweise mit einem konservativ-liberalen Wahlsieg im Rücken schnell harte Fakten gegen Bürger und Beschäftigte setzen zu können. Doch, Kolleginnen und Kollegen, wir wollen nicht betrogen werden, nicht vor Wahlen und nicht nach Wahlen; wir wollen politische Klarheit — auch für die Zeit nach der Bundestagswahl.

Ordnungspolitik ist kein Thema für höhere gewerkschaftliche Regionen. Ordnungspolitik bedeutet Sicherheit für Bürger und Zukunft unserer Arbeitsplätze, das betrifft zentral die berufliche Zukunft unserer Kolleginnen und Kollegen. Und deshalb treten wir der verlogenen Behauptung entgegen, daß die Deutsche Bundespost im internationalen Vergleich bei den Netzen, bei den Diensten, bei Endgeräten oder im Postwesen irgendeine technische Weiterentwicklung oder Marktchance behindert oder gar verhindert hätte. Ich kenne auch keinen Beschluß des Postverwaltungsrates, ich kenne keinen Antrag der Deutschen Postgewerkschaft, der sich einer zukunftsweisenden Telekommunikation und einem modernen Postwesen in den Weg stellt. Ich kenne auch keinen Antrag, der einen Ausstieg aus Zukunftstechnologien, der einen Technologiestopp zum Inhalt hätte. Doch was wir wollen, was wir post-, fernmelde- und technologiepolitisch betonen, das sind öffentliche Kontrolle, sozialstaatliche Bindungen und politische Verantwortung in diesen Fragen. Ordnungspolitisch ist es buchstäblich fünf Minuten vor zwölf. Und deshalb hat der Hauptvorstand eine umfassende Aufklärungskampagne und politische Aktion für 1986 beschlossen. Die Parole heißt: „Sichert die Post - Rettet das Fernmeldewesen“.

[...]

Kolleginnen und Kollegen, wir überlassen nicht länger den konservativen und wirtschaftsliberalen Politikern, den Entstaatlichungsideologen das Feld. Wir stellen uns gemeinsam dem Druck der internationalen Großmultis der Telekommunikation und der Computerbranche in den Weg. Bei alledem ist uns bewußt, und ich sage dies mit großem Ernst: Wir können eine in wichtigen Feldern für falsch gehaltene Politik nicht allein mit traditionellen gewerkschaftlichen Mitteln - wie etwa mit Tarifverträgen - konterkarieren. Wir müssen die Öffentlichkeit, wir müssen die Arbeitnehmer, die Parteien und Parlamente

überzeugen. Wir müssen wieder lernen, in die Politik zu gehen, mit ganzer Kraft auf die Politik einzuwirken.

Wir tun dies vollauf in Übereinstimmung mit unseren Idealen der Einheitsgewerkschaft. Denn Einheitsgewerkschaft heißt nicht politische Abstinenz und Neutralität. Wir können nicht neutral sein. Wir sind parteipolitisch unabhängig und dennoch parteiisch - wir sind Interessenvertreter für die Arbeitnehmer und sozial Schwachen unseres Landes. Wir sind Interessenvertreter für die Beamten, Arbeiter und Angestellten bei der Deutschen Bundespost. Und als solche handeln wir, als solche engagieren wir uns!